





Volkes Leben. Wir wollen nicht mehr gefährdet von  
sondern friedlich und lieblich mit den Fremden. Die  
wird in Trümmern. Wir wollen sie nun aufstehen helfen  
wird die Wüstenverwüstung, auf der Grundlage des Rechts  
wird mit der Gerechtigkeit und im Sinne der Gerechtigkeit.  
Der Antrag Sch 14, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Nationalversammlung spricht der Regierung ihr Ver-  
trauen aus.

Abg. Gröbe (Hr.): Die  
Nationalversammlung stimmt den Entschlüssen der Regierung zu  
und wird die neue Regierung zu unterstützen. Sie wird  
den von der Regierung im Entwurf des Verfassungsgesetzes  
enthaltenen neuen Artikel unter allen Umständen vermeiden und  
nicht annehmen. Wir sind auch heute noch von der Unverletzlichkeit und Un-  
verletzlichkeit vieler Bestimmungen des Verfassungsgesetzes fest  
überzeugt und wenn wir unsere Zustimmung aussprechen, so kann  
das nur bedeuten, daß wir uns damit einverstanden erklären, es  
dem Reichstag zu empfehlen, den Vertrag durchzuführen. Unsere Zustimmung  
um das Wort der Regierung über die Grenze: Die  
Nationalversammlung auf die nationale Ehre des deutschen Volkes.

Der Artikel, in dem Deutschland anerkennt, daß es der  
Verpflichtung gegenüber dem Reich ist, ist eine Unannehmlichkeit  
und wir wollen diese nicht als eine Befreiung des deutschen  
Volkes für die Gerechtigkeit festlegen. Wir

wollen auch die Schmach und die Schande der Auslieferung  
nicht wollen eine ehrenvolle Nation bleiben, die im Kranz der  
Ehre und der Freiheit stehen kann.

Abg. Schäfer (Dem.): Die weitaus überwiegende Mehrheit  
unserer Freunde hat sich angeschlossen, dem vorliegenden Friedens-  
gesetz seine Zustimmung zu versagen. Es ist unsere Überzeugung,  
daß ein solcher Frieden unannehmlich wäre mit der wirtschaftlichen,  
geistlichen, kulturellen, politischen, moralischen und politischen Fort-  
schritt des deutschen Reiches und Volkes gegenüber der Natio-  
nalen Ehre der Nation. Wir sind daher fest, daß wenn  
dieser Vertrag zur Wirklichkeit werden sollte, der größte Kri-  
che, den je die Weltgeschichte erlebt hat,

seinem Höhepunkt erreicht hat, dem größten Verbrechen,  
das je einem Volke angetan wurde. Wir haben die Folgen des  
Krieges und des Friedens abgemessen. Wir haben uns dabei gefragt,  
was denn ein Volk einmal seinem Untergang ausgesetzt bleiben  
kann, es dies nicht mit dem Glauben zu tun, in Ehren  
unter zu gehen. In unserer Stellungnahme kann uns auch das  
Programm der Regierung nicht wandern machen. Die Vor-  
schläge sind doch nur pazifistisch. Sie würden uns nicht zwingen,  
festzuhalten die Bedingungen wären. Unsere Ent-  
scheidung in der Friedensfrage hat unser

Ausgehen aus der Regierung  
zur Folge gehabt. Jetzt haben wir die Freiheit unserer  
Entscheidungen wieder gewonnen.

Der Herr Minister unseres Handels  
ist, daß die Zukunft unseres Vaterlandes nur gerettet werden  
kann durch Zulassung eines Landes auf der Grundlage  
des Friedens. Wir sehen daher eine jede zögerliche Ge-  
haltung unserer Verpflichtung ab, auch wenn sie sich unter der  
schonigen Begründung der Unmöglichkeit versteckt.

Und nun sehen wir an diesem unglückseligen Tage den  
Herrn Weg  
eine dunkle Gegenwart in eine dunkle Zukunft  
geführt, aber nicht verzweifelt, unangenehm glücklich, aber nicht un-  
zufrieden. Wir wollen die Hände zusammenheben  
und arbeiten. Wir wollen in dem Glauben an unsern Volk,  
in Glauben an ihre unerschütterliche Kraft und festen Be-  
trauen auf eine ewige Gerechtigkeit an dem Wiederaufbau unseres  
Vaterlandes auf freierwilliger Grundlage arbeiten.

Abg. Graf v. Helldorf (Deutschl.): Wir können  
der neuen Regierung unser Vertrauen nicht aussprechen.  
Wir haben uns alle Folgen überlegt, die eine Ablehnung des  
Friedensvertrages mit sich bringt. Aber diese Folgen sind nur  
vermeidbar, während der Vertrag unannehmliche Generationen  
unserer Väter dem Elend verfallen würde. Deshalb muß das  
lebende Geschlecht den Todestunnen bekämpfen, die Gegenwärtigen  
zu ertragen, um die Zukunft zu retten. Proteste haben keinen  
Sinn. Der keine Unterfertigung darauf, ist bekanntlich zu dem  
Schicksal, das uns bevorsteht. Wir müssen uns entscheiden  
zu wissen, daß unsere Schritte sich zu einem gewissen Verhalten  
unserer deutschen Mitbürger verpflichten. Wir wollen uns alle  
die Hand reichen und darauf hinwirken, daß das deutsche Volk  
wieder seine Unabhängigkeit erleben kann.

Unsere Aufgaben für die Zukunft  
sind schwer. Ich hoffe zu dem guten Kern des deutschen Volkes,  
daß es ihm gelingen wird, diese schweren Seiten zu überwinden.  
Der zweite Antrag ist, wie Präsident Heinenbach mit-  
teilt, wie folgt gefaßt:

Die Nationalversammlung hat mit der Unter-  
zeichnung des Friedensvertrages einver-  
standen.

Ministerpräsident Bauer: Ich kann die Zustimmung geben,  
daß die Regierung

alles tun wird, um den Schutz unserer  
deutschen Staatsrechte sicher zu stellen.

Alle Wahlen sind mit unseren Gedanken, auch wenn sie zu  
einem fremden Staatsangehörigen geworden werden.

Abg. Gasse (Unabh.): Der Friedensvertrag entspricht auch  
nach den anerkannten Grundsätzen nicht unseren Grundgesetzen. Wenn  
wir ihn trotzdem annehmen, so geschieht es  
unter der unwiderstehlichen Gewalt.

Wenn wir ihn aber bei größter Unterwerfung nicht erfüllen können,  
so müssen die Generäle sich damit abfinden. Wir der  
Vertrag abgelehnt, so ist die Verhinderung des Reiches  
aufzuheben. Wer kann dafür garantieren, daß die  
Entente unsere einflussreiche Erklärung annehmen wird?

Wegen der zwei Punkte darf der Vertrag nicht scheitern.  
Es ist nicht richtig, daß wir den Vertrag hätten unterzeichnen  
wollen. Es versteht sich nach unserer Stellungnahme selbst, daß wir  
dieser Regierung ein Vertrauensvotum nicht aussprechen  
können. Aber mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages  
sind wir einverstanden. Es kann nicht sein, daß die Re-  
gierung nochmals zu raten, den großen Weg und nur um  
Dauerbreite zu verlassen.

Die Westfronten streifen vorwärts.  
Sie ist unannehmlich. Aber es geht nicht so leicht, wie wir es  
wünschten. Trotzdem haben wir die Unterstützung, daß die Re-  
gierung sich abgeben wird. Dem Ententezialismus, der  
versteht mit dem Verträge den Sozialismus niederzuringeln will,  
sind wir nur zu froh, wenn er uns, aber ich schwinge mich  
nicht an.

Ministerpräsident Bauer: Herr Gasse erklärt, sein Volk,  
wobei er nicht die Ehre, habe an die Unannehmlichkeit des  
Friedensvertrages. Somit das unterstellen sollte,  
was ist dann die Schuld?

Die maßgebende Sozialdemokratie, die fortge-  
schritten hat, der Vertrag wird unterzeichnet werden. (Voll-  
ständiger Text.)

Abg. Kahl (D. Vp.): Die deutsche Volkspartei  
lehnt einmütig diesen Frieden ab.

Wir können uns nicht darüber, ob im Falle der Ablehnung  
namentlich die erste Prüfung und Bedenken, die uns daran be-  
trübt, eine besonders launische sein würde. Aber bezüglich, die  
für Generationen hinaus ihre Wirkung ausüben, sagt  
man nicht nach den Bedürfnissen und nach der Möglichkeit des  
gegenwärtigen Augenblicks. Wir lehnen den Vertrag ab, weil wir

Belagen und betrogen  
worden sind, weil von den berühmten 14 Punkten, die  
wir als Grundlage angenommen haben, nichts übrig ge-  
blieben ist. Die Unterzeichnung ist das einzige Mittel,  
mit dem wir uns vor der Welt die Lösung abhandeln können.  
Aber wir wollen es nicht, weil es die deutsche Nation  
in die Hände führt, es nicht, so leicht, der große Protest  
ist nichts. Auch eine Unterzeichnung mit Protest ist eine Un-  
annehmlichkeit. In unserem Volke gibt es noch Leute, die da-  
meinen, daß wir uns jetzt nicht vor der Welt beugen, sondern  
lieber über uns ergehen lassen wollen, was an uns unannehmlich  
ist. Diese Leute rufen uns zur Ehre zu sein. Deutsches  
Volk verzeihe nicht, was den Deutschen spricht.

Abg. Schäfer (Dem.): Im Namen der sozialdemokratischen  
Vertreter der deutschen Gebiete, die durch diesen Friedensvertrag  
unmittelbar

vor der Gefahr leben, von Deutschland losgerissen  
zu werden, habe ich zu erklären:

Wir erleben im tiefsten Schmerz unsere Stimme, um  
in leidenschaftlicher Weise gegen die Unterzeichnung unserer  
Heimat vom Väterlande Protokoll zu erheben. Aber um  
unsere Heimat nicht zum Schaurale neuer blutiger Kämpfe  
zu machen und unsere Frauen und Kinder nicht erneut den  
Schrecken des Krieges auszuliefern, haben wir uns dennoch  
mit höchstem Schmerz entschlossen, dem Friedensvertrage unsere  
Zustimmung zu geben. Wir erklären aber in dieser feierlichen  
Stunde vor aller Welt und vor der Geschichte, daß wir uns  
und diejenige, die uns durch ihr Vertrauen in die Nationalver-  
sammlung geschickt haben,

deutsch sind und deutsch bleiben  
werden. Wir werden auch unter Leben lang die Hoffnung  
nicht aufgeben, daß früher oder später die  
dunkle Nacht der Unterdrückung durch den Sieger  
den Weg zum Vaterland zurückzuführen werden.  
(Vollständiger Text.)

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Rechten an-  
genommen. Unter großer Erregung wird darauf zur Abstimmung  
gebracht. Es werden abgelehnt 287 für den geäußerten Antrag  
und 189 dagegen. Ein Abzweigen haben sich der Stim-  
mgebung enthalten.

Der Antrag bezüglich des Vertrauensvotums wurde mit 236  
gegen 89 Stimmen bei 55 Stimmenthaltung angenommen.  
Demnach ist die Tagesordnung zu Punkt 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Tagesordnung, Punkt 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Ein Schlußantrag wird gegen die Stimmen der Rechten an-  
genommen. Unter großer Erregung wird darauf zur Abstimmung  
gebracht. Es werden abgelehnt 287 für den geäußerten Antrag  
und 189 dagegen. Ein Abzweigen haben sich der Stim-  
mgebung enthalten.

Der Antrag bezüglich des Vertrauensvotums wurde mit 236  
gegen 89 Stimmen bei 55 Stimmenthaltung angenommen.  
Demnach ist die Tagesordnung zu Punkt 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Die Tagesordnung, Punkt 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

### Eine Erklärung der Demokraten.

Weimar, 21. Juni. Die Fraktion der Deutschen Demo-  
kratischen Partei hat einmütig folgende Erklärung beschlossen:  
Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hält  
den uns angebotenen Friedensvertrag

für das größte Unglück,  
das unser Vaterland treffen konnte. Sie ist überzeugt, daß  
ein besserer Frieden hätte erreicht werden können, wenn die  
Regierung die Unannehmlichkeit der Feinde gegenüber mit  
inniger Gelassenheit und fester Entschlossenheit hätte  
überwunden. Wir fühlen die furchtbare Schwere der Entscheidung.  
Dieser Friede ist nach der einmütigen Überzeugung der Frak-  
tion

unannehmlich und unerfüllbar,  
er ist nach der Ansicht der überwiegenden Mehrheit unanneh-  
mlich. Der Vertrag ist nicht einseitig, sondern einseitig, und es  
kann nach dieser Ansicht kein Mitglied unserer Fraktion in  
die Regierung eintreten.

Die historische Situation hat ihre dringenden Aufgaben  
erklärt. Sie hat in den geschwollenen Monaten nach dem Zu-  
sammenschluß der Regierung und der Volkspartei über-  
haupt erst die Notwendigkeit der Einmütigkeit im Innern und die Re-  
handlungsergebnisse nach außen gegeben. Sie hat

das Verfassungswerk bis zum jüngeren  
Abschluß geführt  
und hat die Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ord-  
nung im Innern geschaffen.

Die weiteren Aufgaben, die sich die liberale Mehrheit  
gestellt hat, werden wir fördern. Zur Mitarbeit im Rahmen  
unserer Grundgesetze sind wir auch in Zukunft bereit. Oppo-  
sition ist nicht unser Ziel, sondern die Einmütigkeit.

Aufbau des neuen Deutschlands  
der durch diesen Frieden unendlich erschwert wird, soll unsere  
ganze Kraft geben. Wir sehen die einzige Grundlage für  
die Wiedererrichtung Deutschlands in einer demokrati-  
schen, durch festeren Geist allen Volksgenossen das  
Vertrauen der Gerechtigkeit und Zusammengehörigkeit zu geben  
vermögen. In diesem Geist streben wir vor allem die Wieder-  
belebung der nationalen Würde und Geltung, die politische  
und soziale Gleichberechtigung, den Wiederaufbau unserer  
Wirtschaft, die Demokratisierung des Arbeitsverhältnisses.

### Die Haltung der Freiwilligen-Verbände.

WTB. Berlin, 22. Juni 1919. (Drahtnachricht.)  
Ausschick wird gemeldet: Die in verschiedenen Morgen-  
blättern vom 22. Juni veröffentlichte Nachricht, daß in  
Weimar im Schloß Wehdorf die Wehrführer der dort  
versammelten Führer der freiwilligen Truppen für die  
Unterzeichnung des Friedensvertrages sich ausgesprochen  
haben, ist unrichtig.

### Rücktritt der gesamten Friedens- Delegation.

WTB. Weimar, 22. Juni. (Drahtnachricht.) Die  
in Weimar versammelte finanzielle und wirtschaft-  
liche Sachverständigen der Friedensdelegation haben  
infolge der Stellung der neuen Regierung zur Friedens-  
frage sämtlich ihre Mandate niedergelegt.

### Der endgültige Text des Friedensvertrages

WTB. Versailles, 21. Juni. Der Vorsitzende der  
Friedenskonferenz Clemenceau erklärte heute eine Note an den  
Gesandten von Italien, in welcher er ihm namens der al-  
liierten und assoziierten Regierungen mitteilt, daß die der  
deutschen Delegation am 19. Juni überreichten zweihundert

Exemplare der Friedensbedingungen als authentischer Text  
mit allen Fortsetzungen und Änderungen, welche nament-  
lich in Folge der verschiedenen Bemerkungen vorgebracht  
wurden, zu betrachten seien. Ferner wurde Herrn von Bonin  
eine Note der alliierten und assoziierten Mächte vor-  
gelegt, in der sie im Einklang mit der deutschen Note vom  
19. D. M. erwünschten Wertschätzung zwischen dem Demokra-  
ten und dem deutschen Delegation überreichten fortgeschrittenen  
Entwurf der Friedensbedingungen eingesehen und sich bereit  
erklärten, gemäß dem deutschen Vorschlag beim Friedensschlusse  
ein Protokoll, in dem die einzelnen noch unklaren Punkte fest-  
gelegt werden sollen, dem Friedensvertrag anzufügen.

### Mahnungen in letzter Stunde.

WTB. Weimar, 21. Juni. Graf Brockdorff-Rantzau er-  
hielt Telegramme vom Reichsamt für den Handel, die den  
deutschen Handelskammern, dem Zentralverband des Deutschen  
Gewerkschafts, der Gruppe Hamburg, und des Reichs der Ge-  
werkschaften der Hamburg: Verle, die in letzter Stunde noch  
einmal darauf hinwies, daß bei Unterzeichnung des vorlie-  
genden, und insbesondere das überreichte wieder auszuweisen,  
den Friedensvertrag seine Möglichkeit besteht, das Ziel zu  
erreichen. Sie fordern auf, einen letzten Versuch der Unterfertigung zu ver-  
weigen.

### Deutschlands Antwort an die Entente.

WTB. Weimar, 22. Juni. (Drahtnachricht.) Der Herr  
Ministerpräsident hat im Namen der neuen Regierung heute mittig  
durch den Gesandten von Bonin zugleich mit dem Ad-  
ministrationsrat der Nationalversammlung eine Note überreicht,  
in der es u. a. heißt:

Die Regierung der deutschen Republik ist durch das am  
23. Juni ablaufende Ultimatum vor die Entscheidung gestellt,  
den Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung  
zu verweigern. Das deutsche Volk will nicht die Wiederer-  
neuerung des blutigen Krieges. Es will ausdrücklich einen dauer-  
haften Frieden. Angesichts der leidenschaftlichen Kundgebungen  
der Bevölkerung aus dem im Osten abzutretenden Gebieten  
steht sich die Regierung genötigt, alle Verantwortung für alle  
etwasigen Schwierigkeiten, die aus dem Wiedertreten der  
Bewohner gegen ihre Verfassung von Deutschland sich ergeben  
können, abzugeben. Die Regierung ist aber bereit, die  
Forderungen der Alliierten unter dem nachfolgenden Vorbehalt  
zu unterzeichnen:

Das deutsche Volk erwartet die Rückgabe sämtlicher  
deutscher Gebiete, die am 1. Juli 1914.

Die Regierung verpflichtet sich, die Friedensbedingungen  
zu erfüllen, nach aber betont, daß die Bedingungen das Wohl  
des deutschen Volkes, das Deutschland wirtschaftlich leisten kann  
und nach jeder Verantwortung gegenüber den Folgen  
abgeben, die über Deutschland verhängt werden könnten, wenn  
die Unterfertigung der Bedingungen auch bei  
schärfster Anstrengung der deutschen Leistungsfähigkeit in die  
Erreichung tritt.

Sobald folgt der Vorbehalt wegen der alleinigen Ver-  
antwortung Deutschlands am 1. Juli 1914. Schließlich wird die  
Erwartung ausgesprochen, daß die feindlichen Regierungen die  
erwartende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages  
ansehen werden:

Zwischen zweiter Jahre vom Tage der Unterzeichnung des  
Vertrages ab geschlossen, werden die alliierten und assoziierten  
Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem hohen Rat der  
Mächte, so wie er vor dem Vorkriegsstand am 1. Juli 1914  
inzwischen geblieben ist, unterbreiten. Vor diesem hohen Rat sollen  
die deutschen Bevollmächtigten die gleichen Rechte und Berechti-  
gungen, wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte  
des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedin-  
gungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte  
der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen,  
denno ist über die Bestimmungen, durch welche die freie Gerechtigkeit  
wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands behindert wird.

Es folgt Johann die bereits gemeldete Zustimmungserklärung  
der Regierung.

### Die Ausschreitungen in Kassel.

Kassel, 21. Juni. In schweren Ausschreitungen und Plün-  
derungen kam es heute Nachmittag und Abend in fast allen Ge-  
gendsteilen Kassel. Eine

von Matrosen angeführte Plündererbande  
zog durch die Straßen, drang in die Geschäfte ein und mit  
dem Besen aus den Säulern. Nun wurde nach Zerstör-  
ung der Läden und Fenstersteinen die Ein-  
richtung auf der Straße geworfen, wo sie zum Zusammenstoß  
sich selbst aufgelegt wurden. Besonders Wertsachen, Uhren  
und Goldschmuckstücke wurden zerstört, besaglichen Konstellation  
geschickte die

ausgesplündert und ausgeraubt  
wurden. Die Stadtwache mit Hilfe der Polizei kam gegen  
die nach Tausenden zählende Menge der Plünderer vollkommen  
machtlos. Erst in den Abendstunden gelang es anrückenden  
Militär, mit ausgeplantem Bajonett und Maschinengewehr  
nach und nach durchzudringen.

Verzweigte Personen wurden verhaftet und  
einige getötet.

10 bis 15 Millionen Mark  
nicht zu gering veranschlagt sein.

### Das Ende des Erfurter Streiks.

Weimar, 21. Juni. In Gestalt ist eine neue Einigung  
zwischen dem Eisenbahnministerium und den Arbeitern und Be-  
amten zustande gekommen. Sie geht dahin, daß alle Erfurter  
Eisenbahnbediensteten einbezogen werden, welche nicht im  
Einklang mit einem mittleren Einkommen mit einem stufen-  
weise beschleunigten Gehalt zu erhalten. Gleiche Gehälter werden für  
den Rest der Beamten erhalten. Der Streik in Erfurt ist mit die-  
sem Einverständnis beendet worden. Man erwartet, daß die neue  
Einigung auf das gesamte Reich ausgedehnt werden wird.

### Unruhen in Breslau.

WTB. Weimar, 21. Juni. (Drahtnachricht.) Nach  
einer Unterbrechung von drei Tagen ist es in Breslau, die in den  
letzten Tagen am 20. veröffentlichte, nicht nur ein  
Rückgang des französischen Sozialistischen Salts aus Schloß  
und die Belagerung des Schlosses gemindert und verlangsamt hat, nach

